

## INFO

**Zehn Fakten zum Stromnetz**

Das deutsche Stromnetz muss deutlich erweitert und für die wachsende Einspeisung von Wind- und Solarstrom modernisiert werden. Ein Überblick über den Status quo und die Ausbaupläne:

- 1,788 Millionen Kilometer: Gesamtlänge des deutschen Stromnetzes, die umstrittenen „Stromautobahnen“ machen aber nur 35 000 Kilometer aus.
- Kaum Blackouts: 15,91 Minuten betrug zuletzt die durchschnittliche Stromunterbrechung pro Haushalt im Jahr, 2006 waren es 21,53 Minuten.
- 1877 Kilometer: Wurde 2009 als dringend notwendiger Neubaubedarf an Höchstspannungstrassen beschlossen, gebaut sind erst 416 km.
- NABEG: Nach dem Energieleitungsausbaugesetz (EnLAG) wurde im Zuge des Atomausstiegs noch das Netzausbaubeschleunigungsgesetz NABEG beschlossen.
- 36 Projekte: Sollen neben den EnLAG-Projekten neu realisiert werden, das längste ist der 800 Kilometer Suedlink von der Küste nach Bayern.
- 1,24 Milliarden Euro: Netzinvestitionen und Aufwendungen der vier großen Übertragungsnetzbetreiber in Deutschland im Jahr 2013.
- 5,933 Milliarden Euro: Investitionen der über 800 Verteilnetzbetreiber in ihr lokales Netz, über das der Strom zu den Bürgern transportiert wird.
- Redwitz-Remptendorf: Die Trasse von Bayern nach Thüringen war zuletzt mit den meisten Eingriffsmaßnahmen eines der größten Sorgenkinder.
- NordLink: Die 623 Kilometer lange Gleichstromverbindung soll ab 2019 erstmals deutschen Strom per Seekabel bis nach Norwegen bringen.
- 6500 Megawatt: Geplante Leistung an Offshore-Windparks in Nord- und Ostsee, rund zehn Milliarden kann der ganze Netzanchluss kosten.



# Gegen den Stromrebell im Süden

Netzbetreiber korrigieren Trassen

VON GEORG ISMAR, TIM BRAUNE UND MATTHIAS ASCHMANN

Am Anfang steht immer die „Raum-Widerstands-Analyse“. Wo sind Naturschutzgebiete, wo drohen Probleme? Nicht so sehr auf der Rechnung hatten die Herren über Deutschlands Stromautobahnen bei ihrer Analyse das Hindernis Horst Seehofer. Bayerns Ministerpräsident hat sich quasi an die Spitze der Bewegung gegen neue „Monster-Trassen“ gesetzt. Seehofer trietz die vier für den Ausbau zuständigen Übertragungsnetzbetreiber seit Wochen mit seinem Blockadekurs. Nun wagen diese den Konflikt – und bringen damit auch Kanzlerin Angela Merkel (CDU) in Zugzwang. Sie muss Farbe bekennen, ob sie dem Expertenrat folgt – oder ob sie den Netzausbau eindampft und die Energiewende in ihrer jetzigen Form auf den Prüfstand muss. Das Ganze könnte Thema eines Koalitionsgipfels werden, heißt es bereits in Berlin.

Die Netzbetreiber haben die Ausbauplanungen noch einmal intensiv überprüft und durchgerechnet. Sind weniger Leitungen nötig, weil bis 2020 nur noch Windparks mit einer Gesamtleistung von 6500 Megawatt in Nord- und Ostsee ans Netz gehen sollen? Oder hat das jüngst reduzierte Ausbauziel von jährlich 2500 Megawatt bei Windkraft an Land Folgen für den Bedarf an neuen Trassen? Die Antwort: kaum. Es könne keine Vorzugsbehandlung geben „für die, die am lautesten schreien“, heißt es aus den Kreisen von Amprion, 50Hertz, Tennet und TransnetBW, die sich das Geschäft in Deutschland aufteilen. Seehofer hat nun schwarz auf weiß, dass die Fachleute die drei geplanten großen Trassen vom Norden und Osten nach Bayern und Baden-Württemberg für unerlässlich halten. Schon jetzt sollen die Netzeingriffe bei Überlastungen rund 400 Millionen Euro im Jahr kosten, zu zahlen über den Strompreis.

Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) hat Seehofer bis Januar eine Frist eingeräumt, derzeit läuft in Bayern ein Dialog mit Bürgern und Unternehmen. Der Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, Bertram Brossardt, fordert rasche Entscheidungen der Politik. Damit die Leitungen bis zur Abschaltung der letzten Atommeiler 2022 weitgehend stehen, ist es

schon jetzt ein Wettlauf mit der Zeit. Der Klageweg wurde extra verkürzt, als einzige Instanz ist nur der Gang zum Bundesverwaltungsgericht in Leipzig möglich. Aber Seehofer traut den Netzbetreibern ohnehin nicht. Er ist überzeugt, Hauptmotiv ihrer Trassenplanung sei der Profit. Er nennt die Vorhaben „Kapitalsammelstellen“.

Protest gibt es allerorten: Im Weserbergland haben sich die Gegner der Trasse Suedlink in der Bürgerinitiative Weserbergland organisiert, die Politik übt landkreis- und länderübergreifend den Schulterchluss gegen die von Tennet vorgeschlagenen Trassenvarianten – die Kreise Hameln-Pyrmont, Holzminden, Lippe, Höxter, die Region Hannover und die Gemeinde Bad Emstal ziehen in diesem Punkt an einem Strang. Es gibt zahlreiche Resolutionen, in denen akribisch Punkte aufgezählt werden, die gegen die jeweiligen Trassenführungen sprechen. Von den aktuellen Änderungen bleibt das Weserbergland jedoch unberührt. Am Montag wird Hameln-Pyrmonts Landrat Tjark Bartels im Landtagsausschuss für Energie Position beziehen.

In ihrem überarbeiteten Entwurf halten die durch die Energiewende zu großen Spielern gewordenen Unternehmen vor allem an der umstrittenen Ost-Süd-Trasse fest. Sie soll nun aber nicht mehr in Bad Lauchstädt (Sachsen-Anhalt) nahe eines Braunkohlerevierts starten, sondern 110 Kilometer weiter nördlich bei Magdeburg, um mehr Windstrom einzusammeln. Denn ein Vorwurf lautete, mit der Trasse soll vor allem dreckiger Braunkohlestrom nach Bayern kommen. Und: Sie soll nicht mehr in Meitingen bei Augsburg enden, sondern etwas weiter westlich in Gundremmingen, wo derzeit noch ein Atomkraftwerk Strom liefert. Hier gibt es bereits einen großen Knotenpunkt, weshalb sich dies als Endpunkt zur Verteilung auf untere Spannungsebenen anbietet. Beim 800 Kilometer langen, von Seehofer ebenfalls kritisierten Suedlink soll ein Abzweig nach Baden-Württemberg in den Raum Wendlingen verlagert werden, damit die Trasse näher an die Industrieregion Stuttgart heranreicht, wo Autobauer wie Daimler und Porsche produzieren. An der windreichen Küste Mecklenburg-Vorpommerns ist zum Abtransport des Stroms zudem eine Netzverstärkung von 220 auf 380 Kilovolt geplant.